

## **VOM ESF (EUROPÄISCHES SOZIALFORUM) ZUM ECSA (EUROPÄISCHER GEMEINSAMER RAUM FÜR ALTERNATIVEN) – DER ALTERMUNDIALISMUS IN DER SACKGASSE?**

**Von Pierre Khalfa\* [Anm.: Text ist undatiert, vmtl. Sommer 2024?]**

Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 markiert eine Wende in der Geschichte des europäischen Aufbaus. Vervollständigt durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam transformiert er die Europäische Union in einen privilegierten Raum zur Beförderung neoliberaler Politik: Durch die Anwendung des Wettbewerbsrechts festgelegte Industriepolitik; dem Feld der Politik entzogene Geldsteuerung; Steuerkonkurrenz zwischen den Staaten; Öffentliche Dienstleistungen, die im Namen des Wettbewerbs infrage gestellt werden; schrittweiser Abbau der Regulierungsmechanismen in der Landwirtschaft; Sozialdumping; ein eng zugeschnittenes europäisches Budget, etc. Das Wettbewerbsrecht, zentral eingeschrieben in die Verträge, wird zum Recht, aus dem heraus die neoliberalen europäischen Eliten, die in den nationalen und europäischen Institutionen die Hegemonie inne haben, die Union formen. Es ist ein normatives Recht, buchstäblich ein wirklich „konstitutionelles“ Recht, das die anderen europäischen Texte meistens auf Absichtserklärungen ohne praktische operationelle Reichweite reduziert. (1)

Die ungezügelte Erweiterung von 2004 erschwert zudem diese sehr starke Tendenz der Union, sich in eine bloße Freihandelszone zu transformieren. Indem die Lenkung einer wirklich öffentlichen europäischen Politik und namentlich die beträchtliche Anhebung des europäischen Budgets zugunsten der Neumitglieder verweigert wird, belässt man deren Entwicklung im Wesentlichen in den Händen der Wettbewerbspolitik. Die Konkurrenz zwischen den Staaten und den Sozial- sowie den Steuersystemen wird zur Regel erhoben und mit den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs legitimiert. (2) Noch verschärft haben den neoliberalen Kurs der Union der Ausbruch der Finanzkrise 2007-2008, die daraus folgende Rezession und die drastische Austeritätspolitik.

Erschienen auf der internationalen politischen Bühne anlässlich der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) Ende 1999 in Seattle, war die globalisierungskritische Bewegung ein Träger großer Hoffnungen. Vorangegangen waren ihr in Europa soziale Bewegungen wie etwa der europäische Eisenbahnerstreik 1992 oder die europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit 1997, und so schien sich eine neue Periode aufzutun, gekennzeichnet von der politischen Präsenz einer Bewegung auf Weltebene, die nicht zögert, selbst die Fundamente des neoliberalen Kapitalismus anzugehen. Die stark unterdrückte Demonstration gegen das G-7-Treffen in Genua 2001 war hier ein markantes Beispiel. Mit dem Elan des Weltsozialforums (WSF) von Porto Alegre fand im November 2002 in Florenz das erste Europäische Sozialforum (ESF) statt, das mit fast 60.000 Teilnehmern von einem sehr großen Zulauf geprägt war und mit einer Riesendemonstration von mehreren Hunderttausend Personen abgeschlossen wurde. Das ESF autorisierte dann die Herausgabe eines Aufrufs zur Mobilisierung gegen den Irakkrieg. Das WSF griff diesen auf, was zum Weltaktionstag vom 15. Februar 2003 führte und Millionen Leute auf die Straße brachte.

Der Rahmen für die Möglichkeit zum Aufbau von Widerstand gegen die neoliberale Politik in Europa schien gefunden, und auch dafür, eine europäische soziale Bewegung existieren zu lassen. In der Folge sollte sich zeigen, dass diese Hoffnung vergeblich war.

### **Die unlösbaren Widersprüche des WSF**

Um dies richtig zu verstehen, müssen wir zunächst auf die Charakteristika des WSF zurückkommen, und darüber hinaus auf die der Sozialforen. Der Referenztext zu diesem Thema ist die Charta der Prinzipien von Porto Alegre. Gemäß dieser ist (unter Punkt 1)

das Weltsozialforum „*ein Raum offener Zusammenkünfte mit dem Ziel, die Reflexion, die Debatte über demokratische Ideen, die Formulierung von Vorschlägen, den freien Austausch von Erfahrungen und das Artikulieren im Hinblick auf wirksame Aktionen, Einrichtungen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Beherrschung der Welt durch das Kapital und jede Form des Imperialismus entgegenstellen, zu vertiefen und sich um den Aufbau eine weltweiten Gesellschaft mit Ausrichtung auf das menschliche Wesen zu bemühen.*“

Doch sind sofort zwei Anmerkungen geboten. Die erste ist, dass das Weltsozialforum auf einer politischen Basis stattfindet, die, um breit zu sein, nicht weniger präzise ist: Opposition gegen den Neoliberalismus, die Beherrschung der Welt durch das Kapital, gegen jede Form des Imperialismus. Die zweite besteht darin, dass das Sozialforum in diesem Rahmen drei Funktionen erfüllen muss: Die Debatte über Ideen; die Formulierung alternativer Vorschläge, die „*sich einem Prozess der kapitalistischen Globalisierung entgegenstellen, der von den großen multinationalen Unternehmen und Regierungen sowie internationalen Institutionen im Dienste ihrer Interessen befehligt wird*“ (Punkt 4); das Artikulieren hinsichtlich wirksamer Aktionen.

Aber der gleiche Text präzisiert, dass „*die Treffen des Weltsozialforums als solches keinen beratenden Charakter haben. Niemand ist daher autorisiert, im Namen des Forums, in welcher Veröffentlichung auch immer, Stellungnahmen abzugeben und sie als diejenige aller Mitglieder auszugeben*“ (Punkt 6). Wie soll da eine „Artikulation im Hinblick auf wirksame Aktionen“ gestattet werden, wenn zugleich jede Beschlussfassung des Forums untersagt wird? Scheinheilig ließ die Charta von Porto Alegre den beteiligten Organisationen die ganze Breite, über Aktionen zu entscheiden, die sie für notwendig erachteten, was natürlich selbstverständlich war, gestattete es aber den Sozialforen keinesfalls, ein Mobilisierungsrahmen als solche zu sein. Dem ESF gelang es als Ableger des WSF nicht sogleich, an diesem Widerspruch vorbeizukommen.

Das ESF stand nämlich im großen Unterschied zum WSF eine besonderen Institution gegenüber, der Europäischen Union, ein Proto-Staat, dessen Entscheidungen das tägliche Leben seiner Einwohner überaus weit bestimmen. Die globalisierungskritische Bewegung ist daher verpflichtet, sich dieser Realität zu stellen, was mit sich bringt, dass es präzise Vorschläge einbringt und Mobilisierungen aufbaut, die die Infragestellung der neoliberalen Konstruktion Europas möglich machen. Der längerfristige Nutzen des ESF würde sich an dieser Fähigkeit messen. Um zu versuchen, dieses Problem zu lösen, sollte eine Versammlung sozialer Bewegungen, die am Schluss des ESF von Kräften organisiert wird, die dies wünschen, Mobilisierungsfristen und aus den Debatten der Foren hervorgegangene Entscheidungen benennen und zusammenführen.

Jedoch wurde diese Versammlung von einer gewissen Anzahl teilnehmender Organisationen als nicht repräsentativ sofort infragegestellt. Ihr Platz im ESF war Objekt langer Debatten an der Grenze zur Metaphysik: Ist die Versammlung sozialer Bewegungen Teil des ESF oder des „ESF-Prozesses“? Soll sie im offiziellen Programm des ESF angezeigt werden, und auf welche Weise, oder Gegenstand einer gesonderten Ankündigung sein? Ist seine Abschlusserklärung ein Dokument des ESF oder eines ohne

jeden besonderen Stellenwert? Kurzum, anstatt sich auf die Aktionsschwerpunkte zu konzentrieren, fokussierte sich der Kern der Debatten ein ESF nach dem anderen auf die Beziehungen zwischen dieser Versammlung und dem ESF, das Ganze vor dem Hintergrund nur schwer verständlicher methodologischer Diskussionen.

### **Eine von gegensätzlichen Kräften organisierte Lähmung**

In Wirklichkeit standen dreierlei Kräfte aus verschiedenen Gründen der Tatsache feindlich gegenüber, dass sich das ESF eine Einrichtung geben könnte, die Beschlussfassungen erlaubt. Einerseits diejenigen, die im Namen der Charta von Porto Alegre die Tatsache bevorzugten, dass das ESF ein Raum für Debatten sein sollte. Es handelt sich dabei zum Beispiel um den Verein ARCI in Italien oder den CRID in Frankreich, sowie darüber hinaus um NGO, die sich schrittweise im ESF-Prozess zusammengefunden haben. Für sie sollte das ESF bloß eine Imitation des WSF sein. Sie weigerten sich daher, die Aktivitäten des ESF auf die Europäische Union auszurichten. Zum Anderen ist da die der Europäische Gewerkschaftsbund (CES / dt.: EGB) und manche seiner Mitgliedsorganisationen, die am ESF teilnahmen. Tatsächlich sah der CES (EGB) mit bösem Blick, wie sich eine radikale Kritik der Europäischen Union deutlich wurde, dies umso mehr, als er im Gegensatz zu zahlreichen Forumsteilnehmern den europäischen Verfassungsvertrag (frz.: TCE) unterstützte und das Auftauchen einer europäischen sozialen Bewegung seinen Wunsch, sich als Sozialpartner der Kommission zu positionieren, hätte stören können. Und schließlich verweigerten „ultralinke“ Kräfte auf europäischer Ebene sofort jede Zusammenarbeit mit Organisationen, mit denen sie auf nationaler Ebene einen Dissens hatten.

Das gemeinsame Handeln dieser drei Bestandteile des ESF machte es umfassend möglich, dieses als Ausdruck von Mobilisierungen oder gemeinsamen Vorschlägen zu lähmen. Um so einfacher war dies, als es objektiv schwierig ist, Aktionsschwerpunkte zu Punkten zu definieren, zu denen Übereinstimmung besteht. Tatsächlich hat jede Bewegung ihre eigenen Prioritäten, die sie als wichtiger betrachtet als die Anderer, und sie ist nicht bereit, sie zu relativieren, um Kräfte für gemeinsame Aktionen zu binden. Von diesem Gesichtspunkt aus war das ESF Opfer seines Erfolgs. Je mehr es sich neuen Bewegungen öffnete, desto schwieriger wurde es, die Richtung „Debattentreffen“ hinter sich zu lassen, um fortan eine gemeinsame Strategie in Bewegung zu setzen. Das ESF war nicht fähig, aus dem Dilemma, vor das es gestellt war, herauszukommen: Die Verschiedenartigkeit der Teilnehmer bei Gefahr der Lähmung zu achten oder sich aus Gründen der Wirksamkeit und mit dem Risiko des Auseinanderbrechens darüber hinwegsetzen. Die Versammlung der sozialen Bewegungen gab sich daher mit der Annahme sehr allgemeiner Erklärungen ohne praktische Reichweite und mit der Erfassung aller vorgesehenen Mobilisierungen zufrieden.

Das ESF versammelte, wie alle Sozialforen, Organisationen und Bewegungen, die fragmentierte Interventionsfelder und verschiedene Geschichten und politische Orientierungen haben. Diese Heterogenität war alles andere als eine Schwäche, vielmehr eine Stärke. Sie erlaubte der globalisierungskritischen Bewegung die Einnahme

eines weiten politischen Raums und die Fähigkeit, auf zahlreichen Gebieten der sozialen Mobilisierung zugegen zu sein. Doch beruhte dies alles auf einer Wette, auf dem Faktum, dass die Debatte und das Aufeinandertreffen von Ansichten im Rahmen der Foren es erlauben, die Meinungsverschiedenheiten zu umgehen und die Möglichkeit zum Verfassen gemeinsamer Strategien herbeizuführen. Wenn auch die Foren es bestimmt ermöglicht haben, eine neue politische Kultur zu schaffen, die auf Beschlüssen im Konsens und auf dem Funktionieren als Netzwerk beruht, war es dennoch nicht möglich, die Verschiedenartigkeit zu umgehen und zur Ausarbeitung alternativer gemeinsamer Vorschläge und zu Mobilisierungen zu gelangen, die auf die Lage in Europa Druck ausüben können.

Das ESF siechte daher allmählich dahin. Unfähig, den Rahmen zu bilden, in dem sich europäische Mobilisierungen entscheiden konnten, verringerte sich sein Nutzen nur noch mehr, als sich die Angriffe der Regierungen häuften und es die natürliche Tendenz der teilnehmenden Organisationen war, sich wegen des Aufbaus der nötigen Gegenwehr auf das jeweils nationale Terrain zu konzentrieren. Die Schwerfälligkeit des Vorbereitungsprozesses mit einer Häufung von Treffen, die in zahlreichen Städten Europas abgehalten wurden, und endlose Diskussionen über die „Methodologie“, die hohen finanziellen Kosten, der immer gleiche Charakter der Foren, endete mit keiner konkreten Entscheidung und konnten nicht länger andauern und waren nicht in den Griff zu bekommen [„... et ont raison de lui.“]. Das ESF von Istanbul, das im Juli 2010 über 5000 Teilnehmer versammelte, sollte das letzte sein.

Übrigens ist es bezeichnend, dass es in dem Moment verschwand, als die massive Austeritätspolitik in fast allen europäischen Ländern und am Vorabend der besagten „souveränen Schulden“ einsetzte, die die Eurozone an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Wohingegen die globalisierungskritische Bewegung Träger europäischer Mobilisierungen und einer globalen Alternative auf europäischer Ebene hätte sein können, überwog der Rückzug in den nationalen Rahmen. Wenngleich mächtige Mobilisierungen in den am meisten betroffenen Ländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland stattfinden konnten, war es nicht möglich, auf europäischer Ebene irgendeine Gegenwehr aufzubauen. Die Schwäche, um nicht zu sagen, das quasi Nichtvorhandensein von Unterstützungsmobilisierungen für Griechenland in 2015, als das Land von der „Troika“ (IWF, EU-Kommission, EZB) erwürgt wurde, war das Symbol des politischen Verschwindens des Altermundialismus in der Europäischen Union. Was über das Thema ESF hinaus Fragen über die Gründe für diese Lage aufwirft.

### **Eine Krise mit tiefen Wurzeln**

Das Verschwinden des Altermundialismus spiegelt sicherlich die Krise der Sozialforen wider, die im Wesentlichen ihrem Unvermögen geschuldet ist, etwas Anderes zu sein als ein Rahmen für Zusammenkünfte und Debatten, um sich in einen Ort des Aufbaus von Bürgermobilisierungen zu verwandeln. Diese Unfähigkeit übertrug sich auf das europäische Niveau mit dem glatten Verschwinden der ESF. Wenn indessen die Form „Sozialforum“ ihre Grenzen aufgezeigt hat, ist die Frage, warum andere, wirksamere Formate sie nicht abgelöst haben. Um die Gründe dafür zu verstehen, müssen wir

darauf zurückgreifen, was die Kraft des Altermundialismus ausgemacht hat und was in der Folge zu seiner Schwäche wurde.

Die Bewegung für eine andere Welt entstand als Antwort auf die neoliberale Globalisierung. Diese Banalität ist aber nicht ganz richtig. In Wirklichkeit hatte die neoliberale Globalisierung den Wunsch nach einer umfassenden Umgestaltung der Welt unter der Obhut einer gewissen Anzahl internationaler Institutionen, die sie eigentlich regulieren sollten. Der Welthandelsorganisation (WTO) kam die entscheidende Rolle zu, alle Hindernisse beiseite zu räumen, die die Einführung des verallgemeinerten Freihandels behindern konnten; dem Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank oblag die Anwendung des „Washington-Konsens“, der darauf abzielte, den Ländern des Südens die neoliberalen Praktiken (Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, ausgeglichene Haushalte, Deregulierung der Märkte, fiskalische Konterreformen, etc., wobei die G-7 die Rolle der politischen Führung spielte. Angesichts dieser Lage gelang es der globalisierungskritischen Bewegung, gleichzeitig Träger der Perspektive einer anderen Globalisierung zu sein, versinnbildlicht im Slogan „Eine andere Welt ist möglich“, und sehr starke Bürgermobilisierungen zu organisieren; so zum Beispiel in Seattle oder Genua, was die Umsetzung des neoliberalen Projekts schwierig machte.

Dieses Projekt stieß zudem auf Differenzen zwischen den Großmächten, die die WTO weitgehend lahmlegten. Letztere wurde durch die multilateralen Freihandelsabkommen, die sie umgingen, marginalisiert, und die Finanzkrise 2007-2008 stellte zahlreiche Dogmen des Neoliberalismus infrage; dabei stärkte sie die Rolle der Staaten und verringerte die des IWF und der Weltbank. Angefochten durch die Bürgerproteste und mit einer Krise konfrontiert, ist die neoliberale Globalisierung gewiss nicht verschwunden, hat sich aber tiefgehend verändert. Damit machte sie die Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung, die internationale Institutionen, die angesichts der neuen Lage nun an Schwung verloren, zur Zielscheibe gemacht hatte, obsolet.

Die Bewegung für eine andere Welt bildete sich rund um die Übereinstimmung „traditioneller“ Organisationen, Gewerkschaften, Vereine, NGO. Es sind diese Organisationen, die den Sozialforen Leben einhauchten. Nun wurde aber die Fähigkeit dieser Organisationen zur Impulsgebung schwächer, und die Protestbewegungen gegen die neoliberale Politik spielten sich größtenteils neben ihnen ab. Was „Bewegung der Plätze“ [15M / Platzbesetzungen in Spanien] genannt wurde, geschah überwiegend ohne sie und war von der Weigerung jeder Form der Repräsentation gekennzeichnet. Und selbst als sie sich in zahlreichen Ländern und zu ähnlichen Themen ereignete, führte das zu keiner Form internationaler Koordination. In der Folge sind die Jugendbewegungen für das Klima zum Phänomen aktivistischer Kollektive gewesen. Nicht fähig zur Ausarbeitung einer ergiebigen strategischen Orientierung und vor eine Lage gestellt, der sie sich schwer anpassen konnten, und zusammengesetzt aus Organisationen, in denen die aktivistische Jugend sich nur schwer zurechtfindet, scheint die globalisierungskritische Bewegung von der politischen Bühne verschwunden.

**Was nun?**

Sicher gibt es europäische Netzwerke wie Via Campesina, das europäische Attac-Netzwerk oder den *Altersummit*, der Nachfolger des ESF sein wollte, von der CES gar nicht zu reden. Der Fortbestand einer europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen erlaubt ferner das Andauern von Beziehungen und die Möglichkeit, Initiativen aufzubauen. So konstituierte sich Ende 2023 ein Netzwerk sozialer Bewegungen, der *European Common Space for Alternatives* (ECSA). Dieses führte vom 26. – 28. April 2024 zu einem europäischen Treffen in Marseille. Wenngleich die Zahl der repräsentierten Organisationen und Länder bedeutend zu sein scheint – 24 Länder, etwa hundert Organisationen – zeigt die bescheidene Teilnehmerzahl von einigen hundert Menschen, dass wir erst ganz am Anfang des Aufbauprozesses einer europäischen sozialen Bewegung sind. Wie es im bilanzierenden Text von Attac-Frankreich steht: „Es ist daher schwierig, mit Vehemenz den Erfolg eines solchen Ereignisses zu betonen oder sogar zu wissen, was konkret daraus wird“. (4)

In der Tat ist es das ganze Problem, das sich mit dieser Art Treffen stellt, das nicht nur mit keiner Bilanz des Scheiterns des ESF begann, sondern im Kern dessen Methode nochmals wiederholte. Während wir uns in einem Moment befinden, wo das europäische Konstrukt mit der Rückkehr zur Austeritätspolitik, einer neuen, zügellosen Erweiterung und einem bedeutenden Aufstieg der extremen Rechten eine neue Wendung nimmt, müssten wir vielleicht an einen Perspektivenwechsel denken. Müssten wir nicht, anstatt diese Art von Zusammenkünften zu organisieren, konkrete Mobilisierungen ganz vornan stellen? Es ist im Übrigen bedeutsam, dass sich genau in der Periode, in der die Modalitäten dieses Treffens diskutiert wurden, in den europäischen Institutionen eine sehr wichtige Diskussion über die Stellung der Lohnabhängigen in den Plattformen abspielte, ohne dass dieses Problem für den ECSA zur Handlungspriorität wurde. Solange die Frage sozialer Bürgermobilisierungen, seien sie auch bescheiden, nicht ins Zentrum des Aufbaus des europäischen Netzwerks sozialer Bewegungen gestellt wird, steht zu befürchten, dass die europäischen Treffen, mögen sie noch so interessant sein, keine Erneuerung des Altermundialismus möglich machen.

- 
- 1 Die Charta der Grundrechte, die der Lissabon-Vertrag zwingend machte, widerspricht dieser Analyse nicht. Nicht nur sind die darin enthaltenen Rechte von geringer Reichweite, sondern sie schafft keinerlei europäisches Sozialrecht, da ihre Anwendung ja an die „nationalen Praktiken und Gesetzgebungen“ zurückverwiesen wird
  - 2 Ende 2007 handelt es sich um die Urteile Viking, Laval-Vaxholm, die im April 2008 von der Entscheidung Rüffert bestätigt wurden, und dann von einem Urteil, Luxemburg betreffend. Diese Entscheidungen verankern die Vorherrschaft des europäischen Handelsrechts über das nationale Arbeitsrecht und bestätigen offiziell die Ungleichbehandlung von Lohnabhängigen eines Mitgliedstaates und den entsendeten Lohnabhängigen eines anderen Mitgliedstaates
  - 3 Eine Ausnahme war 2006 die gelungene Kampagne gegen die Bolkestein-Richtlinie. Im Übrigen ist es bedeutsam, dass diese Kampagne auf die gleiche

Weise geführt wurde, mit Losungen und verschiedenen Initiativen durch das CES einerseits und die sozialen Bewegungen sowie manche politischen Parteien andererseits

- 4 <https://france.attac.org/se-mobiliser/espace-commun-europeen-pour-les-alternatives-ecsa/article/l-ecsa-un-renouveau-de-l-altermondialisme-europeen-entre-continuite-et-envie-de>.

*\*Pierre Khalfa war für Attac-Frankreich Mitglied des Organisationskomitees der europäischen Sozialforen, ist ehemaliges Mitglied des CESE für ‚Solidaires‘, früherer Co-Vorsitzender der Kopernikus-Stiftung und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac [Frankreich]*

Übersetzung (unautorisiert) aus dem Französischen:

*Hans-Jürgen Kleine, Attac-AG Europa*

Köln, 25.10.24

i  
e  
d  
e  
r  
L  
i  
s  
s  
a  
b  
o  
n  
-  
V  
e  
r  
t  
r  
a  
g  
z  
w  
i  
n  
g  
e  
n  
d  
m  
a  
c  
h  
t  
,  
w  
i  
d  
e  
r  
s  
p  
r  
i  
c  
h  
t  
d  
i  
e  
s  
e  
r  
A  
n  
a  
l  
y  
s  
e  
n  
i  
c  
h  
t  
.  
N



i  
c  
h  
t  
n  
u  
r  
s  
i  
n  
d  
d  
i  
e  
d  
o  
r  
t  
e  
n  
t  
h  
a  
l  
t  
e  
n  
e  
n  
R  
e  
c  
h  
t  
e  
v  
o  
n  
g  
e  
r  
i  
n  
g  
e  
r  
R  
e  
i  
c  
h  
w  
e  
i  
t  
e  
,  
s  
o  
n  
d  
e  
r  
n  
s  
c  
h

a  
f  
f  
e  
n  
a  
u  
c  
h  
k  
e  
i  
n  
e  
r  
l  
e  
i  
e  
u  
r  
o  
p  
ä  
i  
s  
c  
h  
e  
s  
S  
o  
z  
i  
a  
l  
r  
e  
c  
h  
t  
,  
d  
a  
i  
h  
r  
e  
A  
n  
w  
e  
n  
d  
u  
n  
g  
j  
a  
a  
n  
d  
i  
e  
”  
n  
a

t  
i  
o  
n  
a  
l  
e  
n  
P  
r  
a  
k  
t  
i  
k  
e  
n  
u  
n  
d  
G  
e  
s  
e  
t  
z  
g  
e  
b  
u  
n  
g  
e  
n  
“  
z  
u  
r  
ü  
c  
k  
v  
e  
r  
w  
i  
e  
s  
e  
n  
w  
i  
r  
d  
E  
s  
h  
a  
n  
d  
e  
l  
t  
s  
i  
c  
h

E  
n  
d  
e  
2  
0  
0  
7  
u  
m  
d  
i  
e  
U  
r  
t  
e  
i  
l  
i  
m  
F  
a  
l  
l  
V  
i  
k  
i  
n  
g  
u  
n  
d  
L  
a  
v  
a  
l  
-  
H  
o  
l  
m  
,  
i  
m  
A  
p  
r  
i  
l  
2  
0  
0  
8  
v  
o  
m  
R  
ü  
f  
f  
e  
r  
t  
-

U  
r  
t  
e  
i  
l  
b  
e  
s  
t  
ä  
t  
i  
g  
t  
,  
d  
a  
n  
n  
n  
o  
c  
h  
m  
a  
l  
s  
i  
m  
J  
u  
n  
i  
2  
0  
0  
8  
v  
o  
n  
e  
i  
n  
e  
m  
U  
r  
t  
e  
i  
l  
,  
L  
u  
x  
e  
m  
b  
u  
r  
g  
b  
e  
t  
r  
e

f  
f  
e  
n  
d  
.  
D  
i  
e  
s  
e  
E  
n  
t  
s  
c  
h  
e  
i  
d  
u  
n  
g  
e  
n  
v  
e  
r  
a  
n  
k  
e  
r  
n  
d  
e  
n  
V  
o  
r  
r  
a  
n  
g  
d  
e  
s  
e  
u  
r  
o  
p  
ä  
i  
s  
c  
h  
e  
n  
H  
a  
n  
d  
e  
l  
s  
r

e  
c  
h  
t  
s  
v  
o  
r  
d  
e  
m  
i  
n  
t  
e  
r  
n  
a  
t  
i  
o  
n  
a  
l  
e  
n  
A  
r  
b  
e  
i  
t  
s  
r  
e  
c  
h  
t  
u  
n  
d  
b  
e  
s  
t  
ä  
t  
i  
g  
e  
n  
o  
f  
f  
i  
z  
i  
e  
l  
l  
d  
i  
e  
U  
n  
g  
l

e  
i  
c  
h  
b  
e  
h  
a  
n  
d  
l  
u  
n  
g  
z  
w  
i  
s  
c  
h  
e  
n  
d  
e  
n  
L  
o  
h  
n  
a  
b  
h  
ä  
n  
g  
i  
g  
e  
n  
e  
i  
n  
e  
s  
M  
i  
t  
g  
l  
i  
e  
d  
s  
t  
a  
a  
t  
e  
s  
u  
n  
d  
d  
e  
n  
e  
n



, d  
i  
e  
v  
o  
n  
e  
i  
n  
e  
m  
a  
n  
d  
e  
r  
e  
n  
M  
i  
t  
g  
l  
i  
e  
d  
s  
t  
a  
a  
t  
e  
n  
t  
s  
a  
n  
d  
t  
w  
u  
r  
d  
e  
n  
3 E  
i  
n  
e  
A  
u  
s  
n  
a  
h  
m  
e  
i  
s

t  
d  
i  
e  
g  
e  
l  
u  
n  
g  
e  
n  
e  
K  
a  
m  
p  
a  
g  
n  
e  
g  
e  
g  
e  
n  
d  
i  
e  
B  
o  
l  
k  
e  
s  
t  
e  
i  
n  
-  
R  
i  
c  
h  
t

l  
i  
n  
i  
e  
2  
0  
0  
6  
. I  
m  
Ü  
b  
r  
i  
g  
e  
n  
i  
s  
t  
e  
s  
v  
o  
n  
B  
e  
d  
e  
u  
t  
u  
n  
g  
, d  
a  
s  
s  
d  
i  
e  
s

e  
K  
a  
m  
p  
a  
g  
n  
e  
p  
a  
r  
a  
l  
l  
e  
l  
g  
e  
f  
a  
h  
r  
e  
n  
w  
u  
r  
d  
e  
,  
m  
i  
t  
L  
o  
s  
u  
n  
g  
e  
n  
u  
n  
d

v  
e  
r  
s  
c  
h  
i  
e  
d  
e  
n  
e  
n  
l  
n  
i  
t  
i  
a  
t  
i  
v  
e  
n  
s  
e  
i  
t  
e  
n  
s  
d  
e  
s  
C  
E  
S  
e  
i  
n  
e  
r  
s  
e  
i

t  
s  
u  
n  
d  
d  
e  
n  
s  
o  
z  
i  
a  
l  
e  
n  
B  
e  
w  
e  
g  
u  
n  
g  
e  
n  
u  
n  
d  
m  
a  
n  
c  
h  
e  
n  
p  
o  
l  
i  
t  
i  
s  
c  
h

e  
n  
P  
a  
r  
t  
e  
i  
e  
n  
a  
n  
d  
e  
r  
e  
r  
s  
e  
i  
t  
s  
4 [h](#)  
[t](#)  
[t](#)  
[p](#)  
[s](#)  
[:](#)  
[/](#)  
[/](#)  
[f](#)  
[r](#)  
[a](#)  
[n](#)  
[c](#)  
[e](#)  
[.](#)  
[a](#)  
[t](#)  
[t](#)  
[a](#)  
[c](#)  
[.](#)  
[o](#)  
[r](#)

g  
/  
s  
e  
=  
m  
o  
b  
i  
l  
i  
s  
e  
r  
/  
e  
s  
p  
a  
c  
e  
=  
c  
o  
m  
m  
u  
n  
=  
e  
u  
r  
o  
p  
e  
e  
n  
=  
p  
o  
u  
r  
=  
l  
e



s  
-  
a  
l  
t  
e  
r  
n  
a  
t  
i  
v  
e  
s  
-  
e  
c  
s  
a  
/  
a  
r  
t  
i  
c  
l  
e  
/  
l  
-  
e  
c  
s  
a  
-  
u  
n  
-  
r  
e  
n  
o  
u  
v  
e

a  
u  
=  
d  
e  
=  
l  
=  
a  
l  
t  
e  
r  
m  
o  
n  
d  
i  
a  
l  
i  
s  
m  
e  
=  
e  
u  
r  
o  
p  
e  
e  
n  
=  
e  
n  
t  
r  
e  
=  
c  
o  
n  
t  
i

*\*Pierre Khalfa war für Attac-Frankreich Mitglied des Organisationskomitees der Europäischen Sozialforen. Er ist ehemaliges Mitglied des CESE [Kürzel im Text nicht aufgelöst] für ‚Solidaires‘ [dt.: solidarisch], früherer Co-Vorsitzender der Kopernikus-Stiftung und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac [Frankreich]*

Übersetzung (unautorisiert):

*Hans-Jürgen Kleine*, aktiv in der Attac-AG Europa

Köln, 25.10.24



